

Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum...

Organ der KPD., Bezirk Schlesien Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei monatlichen Einzahlungen...

7. Jahrgang.

Mittwoch, 25. März 1925

Nummer 65

„Die Sozialdemokratie kann ihr Ziel auch innerhalb der Monarchie erreichen!“

Ebert wollte den Kronprinzen auf den Thron setzen!

„Ebert war auch durchaus kein Revolutionär! Er hat mir öfter angedeutet, er und seine politischen Freunde seien wohl Sozialdemokraten, aber sie könnten ihre Ziele auch innerhalb einer vernünftigen Monarchie erreichen.“

Reichskanzler a. D. Fehrenbach im Magdeburger Ebert-Prozess am 23. März 1925.

Die SPD-Führerschaft besitzt die schandlose Frechheit, im Präsidentschafts-Wahlkampf die Sozialdemokratische Partei als Kämpferin gegen die Monarchie anzupreisen.

Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ schreibt: „Dann wurde die Zengenbernehmung fortgesetzt und Reichskanzler a. D. Fehrenbach befragt.“

Man kann jeder Arbeiter verstehen, warum Ebert in seiner Amtstätigkeit nur ein Ziel kannte: der monarchistischen Kontrevolution in den Sattel zu helfen.

bereit sei, etwa den ältesten Sohn des Kronprinzen als Kaiser anzuerkennen.“

Um dem Vorwärts das Argument zu nehmen, als ob wir die Auslagen Fehrenbachs tendenziös entstellen, zitieren wir Stellen der Auslagen Fehrenbachs aus zwei bürgerlichen Blättern.

Damit ist die Maske von der SPD-Führerschaft heruntergerissen. Die SPD-Führerschaft ist bereit, ihre Veräuler- und Ferkelrolle in der Monarchie zu spielen.

Das reichsamerikanische „Berliner Tageblatt“ schreibt als Auslage Fehrenbachs:

„Ich habe Ebert für einen durchaus zuverlässigen und patriotischen Mann gehalten. Davon bin ich auch bis zur heutigen Stunde überzeugt, bekräftigt Fehrenbach.“

Der rote Präsidentschaftskandidat steht an der Spitze der Arbeitermassen. Die jede Form der kapitalistischen Herrschaft beseitigen wollen und für die rote Arbeiterrepublik kämpfen.

Ein Faustschlag in das Gesicht der Bergarbeiter.

Berlin, 25. März.

Der sozialdemokratische Staatskommissar für den Ruhrbergbau hat einen Schiedsspruch gefällt.

- Zimmerbauer von 6,10 auf 6,60
Angelernte Arbeiter von 5,65 auf 6,10
Ungelernte Arbeiter von 5,15 auf 5,30

Die Löhne auf den Randzechen betragen 9 Prozent weniger.

Die Zahl der Randzechen ist um eine weitere vergrößert worden.

Der Schiedsspruch tritt am 1. April in Kraft.

Wir haben gestern an Hand einer amtlichen Denkschrift das ungeheure Elend im Waldenburger Revier aufgezählt.

400 Bolschewikinder sind täglich ohne Frühstück, 143 ohne warmes Mittagbrot, 281 haben nur ein Hemd, 1168 sind unterernährt usw.

So wie es im Waldenburger Revier ansieht, so ist es auch in Oberschlesien und im Ruhrgebiet.

und Verarmung der Randzechen mit niedrigeren Löhnen. Der Schiedsspruch bedeutet neues Massenelend und Hunger.

Die Kämpfe im Waldenburger Revier und in Oberschlesien werden, wenn der Kampf an der Ruhr beginnt, hinter ihren kämpfenden Brüdern stehen und dafür sorgen, daß eine geschlossene Front...

von der Ober bis zur Ruhr

Kampfs rüftet zum Kampf

Vom Tage.

Der Voebell-Ausschuß gibt bekannt, daß die Kandidatur Jarres auch für den zweiten Wahlgang gesichert ist.

Ludendorff hat Hindenburg ein Telegramm geschickt, in dem er behauptet, daß das Verhalten seines Herrn Kameraden Hindenburg viel von der früheren Freue vermissen ließe.

Die Süddeutsche Arbeiterzeitung Stuttgart wurde gestern beschlagnahmt angeblich weil ein Brief eines Reichswehrsoldaten aufgedruckt war.

Die Angelegenheit der Eshardthandiken in Moskau wurde dem obersten Gerichtshof übergeben.

Das ägyptische Parlament wurde, nachdem es nur acht Stunden bestanden hatte, von der englandfreundlichen Regierung aufgelöst.

Das Mitglied des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion und Mitglied des revolutionären Kriegsrats der Union, Masnikow...

Jarres, Braun, Marx drei Kandidaten des nationalen Verrats.

KPD. Berlin, 24. März.

In der deutschen „Demokratie“ hält man es nicht für notwendig, das dumme Volk über die wichtigsten Fragen der Regierungspolitik zu unterrichten.

Der Versuch der Deutschnationalen nationale Opposition gegen Stresemann zu mimieren (siehe Meldung unten, D. Red.) war rasch erledigt.

Das „nationale“ Programm der Luther, Jarres und Marx ist nicht erst seit heute und gestern die bedingungslose Auslieferung Deutschlands an den Entente-Imperialismus.

Die englische Regierung hat schon in der Zeit des passiven Widerstandes es sehr gut verstanden, die Cuna-regierung in ihrem imperialistischen Interesse gegen Frankreich auszuspielen.

# Die SPD. bestochen!

Berlin, 24. März.

Der „Deutsche Vorwärts“, ein Organ, das von ehemaligen führenden Sozialdemokraten wie August Blunck, Emil Klotz und dem früheren Vorwärts-Redakteur Emil Unger herausgegeben wird, hat also zweifellos über Angelegenheiten der SPD. sehr gut unterrichtet ist, stellt folgendes mit:

Vor den Reichstagswahlen 1920 wurde dem sozialdemokratischen Parteivorstand in der Vindobona ein Geldpaket mit der für die damalige Zeit bedeutenden Summe von 200 000 M. überbracht. Dieses Geld

stammte von Hugo Stinnes.

Das war den Deuten in der Vindobona bekannt und doch

schwiegen die SPD.

Der „Vorwärts“ hat in seiner Montagsnummer zunächst geschwiegen. In seiner Dienstagnummer nach er die Tatsache der Zuweisung des Geldes zugehen. Er erklärt verlegen, die SPD. habe nicht gewußt, daß es sich um Geld von Stinnes handelt. (A)

Wir Kommunisten haben seit Vossen die sozialdemokratische Partei als bestochen vom Großkapital hingestellt. Die Antwort auf diese unsere Behauptung war stets ein lautes sozialdemokratisches Entrüstungsgeräusch. Die Zuwendungen aus dem Fonds des Heimatsdienstes, die kleinen „Gefälligkeiten“ der Kapitalisten gegen sozialdemokratische Parteimitglieder und Gewerkschaftsführer jenseits der SPD. Presse erschienen nicht als Beweis für die kommunistischen Behauptungen. Rühmte sich die Kommunisten in der Lage, mit früheren Beweisen aufzutreten. Es steht jetzt dokumentarisch fest:

1. Daß aus dem Ruhrhilfe-Korruptionfond für die weit außerhalb des besetzten Gebiets liegende Provinz des sozialdemokratischen „Vollstimmten“ 100 000 Goldmark (A) bezahlt worden sind. Es handelt sich dabei um Geld, die betragsmäßig den hungernden Arbeitern und Bauern des Rhein- und Ruhrgebietes entzogen wurden.

2. Der Oberbürger und Volksbewahrer Barmat hat eine ansehnliche Summe für die sozialdemokratische Kandidatenstellung und für die Finanzierung der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsarbeit „gestiftet“, ganz abgesehen von der

Summe, die in die Taschen der sozialdemokratischen Führer selber geflossen sind. Die Bauer, Hellmann, Wels können davon erzählen. Auch die Korruption hat die SPD. nicht abtaugeln gewagt, was der Ausschluß Braun und die Stimmen der schäblichen sozialdemokratischen Blätter beweisen.

3. Hugo Stinnes selber, der größte kapitalistische Rasse im Deutschland der Kriegs- und Nachkriegszeit, der gefährlichste, Schanzmacher, hat der Sozialdemokratie 1920 ihren Wahlkampf bezahlt. Hugo Stinnes gab das Geld damals ausdrücklich zur Bekämpfung des Bolschewismus. Herr Braun quittierte schmunzelnd.

Das sind Tatsachen, die die SPD. nicht zu leugnen wagt. Und trotzdem hält sie sich draußen in der Provinz vor den brennenden Protesten der Masse der Kapitalistenfeindschaft und der Bekämpfung der Stinnesclique vor. „Vollstimmten“, „Vergewaltigt“ und „Vollstimmten“ leisten sich auf diesem Gebiete des Massenbetrugs allerlei Gräueltaten. Aber an obiger Entschuldigung werden sie nicht vorbeigehen können. Die schäbliche Arbeiterschaft fordert eine eindeutige Antwort.

Wir haben erst gestern die bürgerliche Zeitschrift über die Verleumdung der Waldenburger Arbeiterschaft veröffentlicht. Die Verleumdung ist eine Folge der Habgier und Brutalität der deutschen Kapitalisten, derselben Kapitalisten, die für die finanziellen Ziele der sozialdemokratischen Partei so großes Verstandes hat. Die Gelder, die den hungernden Wölfen hätten zufallen müssen, sind in die Taschen der fetten Partei- und Gewerkschaftsführer gewandert.

Oben schämliche Arbeiter wird es verstehen, daß die Kommunisten dieser Kapitalpartei, diesen bestochenen Arbeitervertretern Todfeindschaft geschworen haben. Es gibt da keine Unterschiede zwischen den fortumkehrten und den noch schließlichen Elementen. Sie ziehen politisch alle an einem Strick. Als wir vor einigen Wochen auf die enge Freundschaft zwischen Vöbe und dem bestochenen Deutschen Bauer, die den SPD. es nicht einmal für notwendig befunden, darauf zu antworten. Deutlicher konnte ein Schuldbeständnis sein. Herr Vöbe schweigt, weil er nicht von seinem Freunde Bauer abrücken will.

Kampf dieser von Kapitalistengeldern, vom Ruhrhilfe-Korruptionfond, vom Oberbürger Barmat, von Stinnes bestochenen Partei! Kampf Otto Braun, dem Kandidaten dieser Barmatianer! Am Sonntag muß ihnen die Antwort gegeben werden durch

Millionen Stimmen für Ernst Thälmann!

## Bogt malt den Teufel an die Wand. Der Zichelprozeß.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 25. März.

Die Vernehmung des Untersuchungsrichters, Landgerichtsdirektor Dr. Bogt, wurde in der gestrigen Verhandlung fortgesetzt. Bogt sollte als Zeuge beweisen, daß die Bewaffnung der Kommunisten im Oktober 1923 zum Sturze der Republik und nicht zu deren Schutze geschah. Er schleppte zum Beweise das ungeheuerlichste Material heran. Bogt erklärte, Schriften zu haben, in denen die KPD. zum „Partisanenkrieg“ aufruft und die Ermordung einzelner Personen empfiehlt. Auch hätte die KPD. einen Befehl zum Ueberfall auf einzelne Personen zur Anweisung von Geldmitteln erlassen. Der „objektive“ Bogt, der als Untersuchungsrichter in diesem Zichelprozeß fungiert, schafft neuerdings soviel Material heran, daß sich die Verteidiger der Angeklagten genötigt sehen, energisch zu protestieren, da ihnen dieses Material noch nicht bekannt sei.

Bogt gab zu, den Angeklagten Stoblewski zu helfen, da natürlich Fluchterwerb vorlag. Der Angeklagte Margies war ständig gefesselt. Dagegen war eine Fesselung bei Neumann und Voegel nicht für nötig befunden worden, da sie sich im Gefängnis am In der gestrigen Nachmittags-Sitzung verlangte Margies das Wort, um die unwahren Aussagen des Dr. Bogt in rechte Sicht zu setzen. Herr Niedner erwiderte jedoch dem Margies das Wort nicht. Margies wurde aus dem Verhandlungsraum geführt, da er sehr erregt war. Nachdem er wieder im Saal anwesend war, sah er das Protokoll über seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter ein und erklärte es für vollkommen gefälscht.

## Der Wahlkampf in Breslau.

Breslau, 25. März.

In einer öffentlichen Versammlung der KPD. sprach Genosse Baumann-Berlin über die Reichspräsidentenwahlen. Obwohl die Versammlung erst am Dienstag abend bekanntgemacht wurde, war der Saal bei Erner bis auf den letzten Platz gefüllt.

Genosse Baumann behandelte in seinem anderthalbstündigen Referat besonders die ausländische Politik, den Zusammenbruch der bürgerlichen Illusionen und den kommunistischen Kampf in Deutschland, besonders an der SPD. und an der Weimarer Republik. Sein Urteil am 29. März dem Genossen Thälmann die Stimme zu geben, fand ebenfalls Widerklang. In der Diskussion sprach ein parteiloses Arbeiter in zustimmendem Sinne. Obwohl zahlreiche Angehörige des Reichsbanners anwesend waren, angestrichelt durch den Wort.

Während die SPD. zu feig ist, um in kommunistischen Verhandlungen ihren Standpunkt zu vertreten, läßt unsere Partei auch in Breslau keine Gelegenheit vorbeigehen, um den sozialdemokratischen Arbeitervertretern entgegenzutreten. Wenn sollte der SPD. Parteileiter Mäthe in der „Vergeltung“ sprechen, obwohl er für seine Partei der unerlässliche Führer ist, war er energisch verurteilt und an seiner Stelle leitete der Parteileiter Lüdtke die SPD.-Wahl herunter, die besonders auf Rückfälligkeit eingestellt war. Genosse Bierbach widerlegte auf Grund seiner Kenntnisse des SPD. Saal, wobei er durch die organisierten Zwischenrufe des Reichsbanners sehr stark unterstützt wurde. Bei zehn Minuten „Reifzeit“ einem parteilosen Arbeiter, der davon erwiderte, wie SPD.-Leute in gewissen Kreisen sich die Taschen gefüllt haben, wurde das Wort entzogen. Ein SPD.-Arbeiter, der sich auch an der Diskussion beteiligte, meinte, die Arbeiter hätten es diesmal leicht, sie zu bekämpfen, nicht nur, sondern könnten diesmal Braun tödlich treffen. Der Mann hat teilweise Recht. Der SPD. wählt, nicht nicht nur, aber auch nicht Braun, sondern Schwarz, weil die SPD., wie heute schon geschieht, in beiden Richtungen für Braun kämpft.

erschien im „8 Uhr Abendblatt“ ein Artikel, der den „zentralen“ Plan der Stresemann-Luther-Schiele-Regierung deutlich enthüllte. Da ließ es, Deutschland läme bei einem Kriege zwischen Polen und Rußland in eine schwere Situation, wenn es nach den Satzungen des Völkerbundes französische Truppen durch sein Gebiet durchlassen müßte, wenn die öffentliche Meinung Deutschlands nicht durch die Abmung der Röllner Zone und des Rheinlandes beirrt werde. Die nationalen Regierungsmänner wollen also die Unterstützung Deutschlands im Kriege gegen Sowjetrußland anbieten und lassen darauf, daß zum Lohn die französischen und englischen Truppen abziehen werden. In der Tat, wenn die Deutsche Reichswehr ganz und gar in den Dienst der englischen und französischen Kolonialherren gestellt wird, dann haben diese Mächte kein großes Interesse mehr daran, ihre eigenen Soldaten für denselben Krieg in Deutschland zu verwenden. Darauf läuft die Außenpolitik hinaus, für die die Deutschnationalen die volle Verantwortung tragen und der die Sozialdemokraten begeistert zustimmen.

In der Presse wird eine alberne Polemik darüber geführt, ob Herr Jarres im Jahre 1923 das Rheinland „verfälscht“ lassen wollte oder nicht. Diese Frage ist von untergeordnetem Interesse gegenüber der Tatsache, daß Jarres genau so wie die anderen führenden Männer der deutschen Bourgeoisie ganz Deutschland „verfälscht“ lassen wollen. Sie wollen den Plänen der Ententeimperialisten nachgeben in der Hoffnung, dadurch erstens die Unterstützung des internationalen Kapitals gegen das deutsche Proletariat abzuwenden und zweitens in der allgemeinen europäischen Katastrophe, die durch den Interventionkrieg gegen Sowjetrußland angeleitet wurde, den deutschen Imperialismus in irgend einer neuen Gestalt retten zu können.

Diese Politik ist genau so zum Scheitern verurteilt, wie alle außenpolitischen Experimente, die die deutsche Bourgeoisie seit dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus unternommen hat.

Der Kampf zur Befreiung Deutschlands aus den Klauen des Weltimperialismus kann nur als revolutionärer Kampf im Bunde mit allen vom Imperialismus unterdrückten und bedrohten Klassen und Völkern geführt werden.

Die einzige Weltmacht, die den im Völkerbund zusammengeschlossenen imperialistischen Räubern entgegensteht, ist die Sowjetunion. Der einzige Weg zur Befreiung Deutschlands ist das Bündnis mit Sowjetrußland und der gemeinsame Kampf mit den Unterdrückten aller Länder gegen die Unterdrücker aller Länder. Das kommunistische Programm ist das einzige Programm, das der Verfassungskritik des Dawesplanes, auf den sich alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten geeinigt haben, eine Politik des Befreiungskampfes entgegenstellt. An den Fragen der Außenpolitik, die in dem Kolonialland Deutschland die Innenpolitik bestimmt, ist es am leichtesten zu begreifen.

Alle bürgerlichen Kandidaten von Jarres bis Braun vertreten die gleiche Politik der Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen Deutschlands zugunsten des internationalen Kapitals. Wer diese Politik der Preisgabe der Lebensmittellieferanten der deutschen Nation ablehnt, für den gibt es nur einen Kandidaten, den Arbeiterkandidaten

## Ernst Thälmann!

### Auch die Entente gegen den roten Arbeiterkandidaten.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 24. März.

Es am Sonntag in einer von vielen tausenden Arbeitern besetzten Demonstrationen „am liebsten Genosse Thälmann und ein englischer Gewerkschafter, deren Namen unbekannt sind, wurden sie von drei deutschen Polizeibeamten angehalten, nach der englischen Freigabe zu kommen. Genosse Thälmann verweigerte dies mit den Worten:

„Seit wann steht die deutsche Polizei im Bütteldienst der Entente?“

Darauf drohten die Beamten, den englischen Gewerkschafter aus der Stadt herauszuschleppen und den anderen verhaftet, ihn zu verhaften.

In Berlin'sch erregte sich ein ähnlicher Zwischenfall. Hier wurden beim Genossen Thälmann und dem englischen Gewerkschafter die Legationenschwabere zur Prüfung abgenommen und anschließend lange zurückgehalten, um die Verhaftung zu verweigern.

Das steht deutsche Polizei und Entente im Wege in der Befreiung des roten Arbeiterkandidaten.

## Die Striegauer Schlacht vor Gericht.

Schweidnitz, 24. März.

In Striegau wurden 23 Jungen verurteilt. Die Untersuchung erstreckte sich weiter auf Einzelheiten bei den Schlägereien. Die Jungen, die gefesselt verurteilt wurden, stellen ebenfalls je nach ihrer Zugehörigkeit zum Reichsbanner oder zum Stahlhelm fest, daß dieser oder jener geschlagen wurde oder geschlagen hatte. Das Gericht wird auf diese Aussagen nicht viel geben können. Doch es wartet immer noch auf Enthüllungen, die die Reichsbannervertreter über belächeln sollen. Die Hauptfrage, wer der Angreifer ist, scheint unauflösbar zu sein. Es geht fest, daß die Angeklagten nicht die Täter waren.

Die Mörder werden wohl vor der nächsten Woche nicht kommen.

## Das Kreuz ins 7. Feld Ernst Thälmann!

Otto Braun Ministerpräsident a. D. und M. d. R., Berlin	<input type="radio"/>
Dr. Heinrich Held Bayrischer Ministerpräsident, München	<input type="radio"/>
Dr. Bill Helphs Sächsischer Staatspräsident, Karlruhe	<input type="radio"/>
Dr. Carl Jarres Reichsminister a. D., Oberbürgermeister, Duisburg	<input type="radio"/>
Ernst Lubendorf General der Infanterie a. D., München	<input type="radio"/>
Wilhelm Marx Preuss. Ministerpräsident a. D. d. R., Berlin	<input type="radio"/>
Ernst Thälmann Transportarbeiter aus M. d. R., Hamburg	<input checked="" type="radio"/>

## Auch der Stimmzettel ist lehrreich.

Die Barschstraße geht damit herum, daß ihr Kandidat Braun auf dem amtlichen Stimmzettel an erster Stelle steht, und hofft, daß sich genug Dumme finden werden, die aus Bequemlichkeit und Deuschlichkeit den obersten Kandidaten wählen. Der amtliche Stimmzettel, der zur Wahl herabsteigt, und den sich jeder proletarische Wähler sehr genau ansehen muß, gibt aber den deutschen Arbeitern Gelegenheit, über die Kandidaten Beschlüsse anzustellen. In einer Herrn Braun und die übrigen, teils sozialdemokratischen, teils sozialrepublikanischen Kandidaten nicht gerade lieblich anzusehen dürfen.

So sieht der amtliche Stimmzettel aus:

Otto Braun, preussischer Ministerpräsident a. D., Berlin  
Dr. Heinrich Held, bayr. Ministerpräsident, München  
Dr. Bill Helphs, sächsischer Staatspräsident, Karlruhe  
Dr. Carl Jarres, Reichsminister a. D., Oberbürgermeister  
Duisburg

Ernst Lubendorf, General der Infanterie a. D., München  
Wilhelm Marx, Reichsminister a. D., Berlin  
Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg

Der einzige Arbeiterkandidat Otto Braun ist als preussischer Ministerpräsident und die anderen sind die Minister auf dem Zettel stehen, sind von der gleichen Art „Arbeiterkandidaten“. Wir glauben, daß die Arbeiter Mann der Partei der Reichsbannerkandidaten auf den Stimmzettel aufmerksamer werden.

Lebe Arbeiterkandidat Ernst Thälmann!

Breslau

Abteilung Ortsgruppe Breslau

Die Bezirksberathungen, freie Freitag, den 27. März, stattfinden...

Pollzet schützt den Stahlhelm.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Am Sonntagabend begegnete ich auf dem Nachhausewege...

Genosse! Hast Du in der heutigen Nummer schon den Artikel...

stellung dieser Organisation bezeichnende Erklärung abzugeben, die man keinem Arbeiter vorenthalten darf.

Wir haben dieser Zuschrift nichts hinzuzufügen und hoffen, daß der parteilose Arbeiter sich dem wten Frontkämpferbund anschließt.

Das Wunder des Soldaten Jwan.

Die Ortsgruppe Breslau der FZS, wollte am Sonntag, den 22. März, im „Viktoria-Theater“ ihre zweite diesjährige Filmvorführung mit neuem Programm durchführen.

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ vor Gericht.

Durch den Artikel „An Herrn Schmatzsch, Dr. Unblutig, der Schöne Paul in der „Bergwacht“, glaubte dieser sonst sehr hiernemliche Herr endlich den längst ersehnten Zeitpunkt für gekommen, um gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ einen Beleidigungsklage anzufileiren.

Ist in Deinem Orte vom Vorsitzenden schon eine Mitgliederversammlung einberufen? Wenn nicht, dann gehe sofort zu Deinem Leiter und verlange dieses von ihm.

Mitgliederversammlung

beiter-Zeitung) auch hier eine Verurteilung erforderlich, besonders schon deshalb, weil hier ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsbeamter offensichtlich beleidigt worden ist.

Unter Genosse ist verurteilt worden, weil Kommunisten stets verurteilt werden. Die „Bergwacht“ wird einen Freudentanz aufführen, daß das Schicksal ihres Genossen vor Gericht nicht heftlich werden konnte.

Die Organisierung der Wahlpropaganda.

Ich als Ortsgruppenleiter muß die Wahlpropaganda an den Wahltagen in meinem Ort wie folgt organisieren:

- 1. Am Donnerstag, Freitag oder Sonnabend muß ich eine Mitglieder-versammlung einberufen. Von jedem einzelnen Genossen und Genossin muß ich verlangen, daß sie in die Versammlung kommen, entschuldigend darf ich nur die Genossen, welche bei Kapitalistenarbeiten gehen müssen...

- Bei Eröffnung des Wahllokals muß der kommunistische Agitator vor dem Wahllokal stehen, zur Verlesung stehende Plakate werden an gut sichtbaren Stellen vor dem Wahllokal angebracht.

Aus der Provinz

An die Mitglieder des Bundes der Freunde der FZS, Schlesiens!

Die Landeskonferenz des Bundes der Freunde der FZS, am 22. März in Breslau konnte mit Genugtuung feststellen, daß die Arbeit für die FZS, in Schlesien in den letzten Wochen gut vorwärts gegangen ist.

Breslau. Sport-Verband des Arbeiter-Turnvereins „Frei Heil“

Am letzten Sonntag hatte der Arbeiter-Turnverein „Frei Heil“ einen Sport-Verband veranstaltet. Bei dem reichhaltigen Programm, welches den Arbeitern geboten wurde, gehörten den Leitern und Veranstaltern des Abends höchste Anerkennung.

Ballenhain. Klassenjustiz.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Am 30. November 1924 hatte sich der Arbeiter Hainke mit einem anderen Genossen bei einer Feier schwer betrunken, so daß er nicht mehr Herr seiner Sinne war.

Aus dem Waldenburger Industriegebiet

Der lieben Zante „Bergwacht“

Dieses Kälteblatt schreibt in der Mittwochnummer grob-schamlos, wie es eben nur dieses Blatt kann, von einer „großen Massenversammlung der FZS“ in Weistheim.

Öffentliche Anträge

Im vorigen Jahre wurde der Herr Gewerkschaftssekretär Becker vom Schwimmerverein Neu-Saggrün wegen nicht richtig abgelieferten Sammelbeiträgen in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ gemahnt.

Aus dem Parteileben in Schlesien

Bezirk Nord.

Sonntag Bezirksversammlung, Lokal Freyer, Michaelsstraße 3. Wichtige Tagesordnung. Es ist Pflicht aller Genossen zu erscheinen.

In die Ortsgruppen von Freiburg, Adwigell, Peterwitz

Alles trifft sich am Sonntag, den 26. 3., abends 7 1/2 Uhr im „Volksgarten“, Schweidnitz, an der dort stattfindenden Kundgebung der Schweißner Ortsgruppe.







# Neue Wirtschaftskämpfe im Zeichen der Präsidentenwahl.

WK. Der Eisenbahnstreik hat bewiesen, daß große Teile der deutschen Arbeiterschaft wieder von neuer Kampfstimmung erfüllt sind. Gegen Hungerlohn, gegen die Verdrängung der Arbeiter durch die Maschinen, gegen die Verdrängung der Arbeiter durch die Maschinen, gegen die Verdrängung der Arbeiter durch die Maschinen...

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen...

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen...

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen...

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen...

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen...

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen...

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen...

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen geworfen...

